

BILDUNGSKURIER

MAGAZIN DER LANDESBILDUNGSORGANISATION DER SPÖ OÖ • NR. 4 • 68. JG, DEZEMBER 2017

SPÖ OÖ-Info-Nr. 4/2017 • GZ 02Z032837 M • P.b.b. • Erscheinungsort Linz • SPÖ OÖ, 4020 Linz, Landstraße 36/1

„Wir werden eine starke Opposition sein“



Hintergrund:

Mehr Jobs,
weniger Geld

Seite 8

Strategie:

Gegen Hetze
und Demagogie

Seite 10



Ist unser Wohntraum
finanzierbar?



Mit dem Wohnraumplaner
finden Sie's raus.

wohnraumplaner.at

HYPO
OBERÖSTERREICH

www.hypo.at vertrieb@hypo-ooe.at Tel. 0732 / 7639 54452

Wir schaffen mehr Wert.

Engagierte Einschaltung

Digitoll ist,

wenn meine Lieblingsserie
jederzeit übers Internet kommt.



#digitoll
Die Digital-Offensive
der Energie AG

Kunden der Energie AG sind schon heute auf dem Daten-Highway der Zukunft unterwegs. Das modernste Glasfasernetz ermöglicht lichtschnelles Internet, mit dem man Filme und Serien in Top-Qualität anschauen kann. Eines von vielen Beispielen, wie die Digital-Offensive der Energie AG unser Leben erleichtert.

ENERGIE AG
Oberösterreich

Wir denken an morgen

Mehr Infos unter digitoll.energieag.at

Widerspruch und Widerstand unterstützen!



BERND DOBESBERGER • CHEFREDAKTEUR

In Oberösterreich wird gerade vorgemacht, was uns österreichweit unter Schwarz-Blau bevorsteht. Entgegen einer schriftlichen Vereinbarung, die erst ein halbes Jahr alt ist, gibt es Kürzungen bei der Entwicklung des Sozialbudgets. Und es gibt auch im Sozialbereich direkte Kürzungen der sogenannten Ermessensausgaben. Zu derartigen Kürzungen kommt es zum Beispiel auch im Kulturbereich. Gerade die in Oberösterreich gut entwickelte freie Szene fürchtet zu Recht massive Einschnitte.

Und bei den Fachhochschulen werden wieder Studiengebühren eingeführt. Neben den Auswirkungen der Sparpolitik lässt sich aber auch über die beiden Koalitionsparteien ÖVP und FPÖ – das gilt für Oberösterreich, aber auch für die Bundesebene – etwas sagen: Die neue Kurz-ÖVP ist eindeutig weniger sozialstaatlich und auch weniger sozialpartnerschaftlich als die traditionelle Volkspartei. Für die oberösterreichische VP von

Stelzer und Strugl gilt das ebenso. Es ist kein Zufall, dass Stelzer Stellvertreter von Kurz als Obmann der Volkspartei ist. Und es lässt sich nun auch zeigen, dass der wirtschaftsnahe Burschenschaftler-Flügel der Freiheitlichen mit arbeitnehmerfreundlicher Sozialpolitik nichts am Hut hat. Kürzungen bei der Mindestsicherung und Elternbeiträge bei den Kindergärten in Oberösterreich sprechen eine klare Sprache. Der erwartbare Konflikt zwischen FP-Wirtschaftsflügel und dem freiheitlichen „Inländer-Sozialflügel“ wird zumindest mittelfristig deutlich werden. Oder der neoliberale Flügel setzt sich – wie offensichtlich in Oberösterreich – gleich völlig durch.

Die Sozialdemokratie kann durch die Zahl ihrer Abgeordneten – sowohl in Oberösterreich, als auch im Bund – diese Politik nicht verhindern. Daher wird es notwendig sein, Widerspruch und Widerstand auch außerhalb der Parlamente zu unterstützen und zu organisieren.

„Budget-Kürzungen sprechen eine klare Sprache.“

Inhalt

- 4 **Analyse:** Die Ursachen der SPÖ-Wahlniederlage beleuchtet IFES-Geschäftsführerin Eva Zeglovits.
- 6 **Interview:** Der Bildungskurier im Gespräch mit der SP-Landesvorsitzenden von Oberösterreich, Birgit Gerstorfer.
- 8 **Arbeit:** Warum die SPÖ bei den Arbeitern am meisten verliert, erklärt Landesbildungssprecher Bernd Dobesberger.
- 9 **Europa:** Für eine starke sozialdemokratische Handschrift in Europa kämpft EU-Abgeordneter Josef Weidenholzer.
- 10 **Strategie:** Werkzeuge gegen die Hetzer und Demagogen unter uns stellt Berater und Trainer Michael Niedermair vor.
- 11 **Zukunft:** Die Positionierung als Kraft positiver Veränderung empfiehlt der Leiter des Jahoda-Bauer-Instituts, Georg Hubmann.
- 12 **Interview:** Mit welchen Zielen die junge Nationalratsabgeordnete Elisabeth Feichtinger ins Parlament einzieht, erklärt sie im Interview mit dem Bildungskurier.
- 13 **Gesundheit:** Die Sicherung der ärztlichen Versorgung auf dem Land fordert Harald Schmadlbauer von der Gebietskrankenkasse.



6



10



11



12

Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: Sozialdemokratische Partei Österreich, Landesorganisation – Landesbildungsausschuss, 4020 Linz, Landstraße 36/1

Tel: 05-77 26 11-16, annemarie.obermueller@spoe.at, www.renner-institut.spoe.at

Redaktion: Bernd Dobesberger, Georg Hubmann, Wolfgang Kempfner, Manuel Kreuzer, Gerald Mitterlehner, Annemarie Obermüller, Peter Rohrmoser

Grundsätzliche Richtung: sozialdemokratisch • Hersteller: Gutenberg-Werberg Ges.m.b.H.

Nr. 04/17, Dezember, SPÖ ÖÖ-Info-Nr. 4/2017, GZ 02Z032837 M, P.b.b. Erscheinungsort Linz, SPÖ ÖÖ, 4020 Linz, Landstraße 36/1

Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des österreichischen Umweltzeichens, Gutenberg-Werberg GmbH, UW-Nr. 844



klimateutral gedruckt

CP IKS-Nr.: 53401-1603-1037

Sieger ist der antidemokratische Populismus

EVA ZEGLOVITS

Die Nationalratswahl 2017 kann mit zwei Begriffen erklärt werden: Zuwanderung und Wunsch nach Veränderung. Ein Rückblick: 2013 war die Nationalratswahl, wo die ÖsterreicherInnen trotz der Verluste beider Regierungsparteien und trotz der zwei neuen Parteien im Parlament nach der Wahl wieder mit einer rot-schwarzen Koalition konfrontiert wurden. Entsprechend groß war die Unzufriedenheit mit der Regierung und das Gefühl, dass in Österreich politisch nichts weitergehe. Ein überwiegender Teil der ÖsterreicherInnen kam zu der Ansicht, dass sich Österreich in die falsche Richtung entwickle. Im Jahr 2015 wurde die Regierung beim wichtigsten Anliegen der Menschen – „Was tun mit Menschen auf der Flucht?“ – als ohnmächtig wahrgenommen. Genau in diesem Kontext ist das Ergebnis der Wahl 2017 zu interpretieren.

Kern punktet bei Amtsantritt

Mit Amtsantritt von Christian Kern als Bundeskanzler kam Bewegung in

die politischen Einstellungen. Zunächst konnte der Pessimismus stetig reduziert werden. Im Jänner 2017 war der Wendepunkt erreicht; es gab wieder mehr OptimistInnen als PessimistInnen im Land, und der Optimismus war stark mit einer positiven Wahrnehmung des Bundeskanzlers verknüpft.

Als Sebastian Kurz dann im Mai das Heft in die Hand nahm und die ÖVP zur Liste Kurz machte, gelang ihm das Kunststück, als einer der längst dienenden Minister der ungeliebten Koalition für Neuanfang und Veränderung zu stehen. Kombiniert mit seiner Interpretation des Themas Zuwanderung griff er damit das auf, was zuvor aus Sicht vieler schief gegangen war.

Die WählerInnen wurden innerhalb weniger Wochen fast überfallsartig mit neuen Parteispitzen, neuen Parteinamen und gänzlich neuen Parteien konfrontiert – die wichtigste davon die Liste Pilz. Nicht zu vergessen: Etwa eine halbe Million WählerInnen hatten bei der Nationalratswahl 2013 noch Team Stronach

DIE AUTORIN:

Eva Zeglovits

ist Geschäftsführerin des IFES Wien. Ihre Forschungsschwerpunkte sind politische Partizipation, Wahlverhalten, politische Kommunikation und empirische Methoden.



oder das BZÖ gewählt, und mussten sich eine neue Partei suchen.

Der Wahlkampf wurde tatsächlich als wichtig und relevant empfunden. Im Gegensatz zur Wahl 2013 waren die WählerInnen mit einem vielfältigeren Parteienangebot konfrontiert und mit Spitzenkandidaten, die – insbesondere Kurz und Kern – über hervorragende Imagewerte verfügten. Mindestens ebenso wichtig für die wahrgenommene Relevanz und schließlich die Wahlbeteiligung ist, dass die WählerInnen diesmal den Eindruck gewinnen konnten, dass je nach Wahlergebnis sehr unterschiedliche Koalitionsformen zustande kommen könnten.

Trend zu Personalisierung

Den internationalen Trend der Personalisierung konnte man auch in Österreich beobachten. Der Fokus lag eher auf den jeweiligen SpitzenkandidatInnen und weniger auf den Parteien; ein Phänomen, das durch die zunehmende Wichtigkeit von Social Media verstärkt wird, in Österreich aber auch durch die Vielzahl von TV Formaten. Die allermeisten der Dutzenden TV-Sendungen wurden auch tatsächlich von den SpitzenkandidatInnen selbst bestritten, nur in Einzelfällen kam es zu Vertretungen. Christian Kern war als Spitzenkandidat auch vorrangig dafür verantwortlich, dass so viele Grün-WählerInnen zur



Nationalratswahl 2017

Die Ergebnisse der Nationalratswahl 2017 sind nicht einzementiert – bei der nächsten Wahl ist neuerlich mit starken Verschiebungen zu rechnen.

SPÖ wechselten – gerade bei Grünen war Kerns Image von Anfang an ausgezeichnet.

Ein anderer Trend in vielen westlichen Demokratien ist der Siegeszug des Populismus. Der antidemokratische Populismus, so die Definition von Jan Werner Müller, erhebt ja für sich den einzig wahren Vertretungsanspruch für das Volk und differenziert schlussendlich immer zwischen einem „Wir“ versus „die Anderen“. Diese Polarisierung war in diesem Wahlkampf nicht nur anhand der beinahe alles dominierenden Debatte um Zuwanderung, Flucht und Integration sichtbar, sondern wurde darüber hinaus auch in einem vermeintlichen Gegensatzpaar Österreich versus Wien instrumentalisiert.

Die Kurz-Inszenierung

Der Wahlkampf selbst war geprägt von einer kontinuierlichen und nahezu perfekten Inszenierung der ÖVP/Liste Kurz, und einem starken Auf und Ab auf Seiten der SPÖ. Die SPÖ konnte nach dem Koalitionsbruch immer wieder ei-

gene Themen setzen und umsetzen (etwa Pflegeregress, Bildungsreform usw.), kam aber zweimal wegen der Causa Silberstein ins Trudeln. Nach der Verhaftung Silbersteins im August trifteten viele WählerInnen der SPÖ zur Gruppe der Unentschlossenheit ab, konnten dann aber durch zwei bis drei gute Wahlkampfwochen mit dem Spitzenkandidaten und seinen Themen wiedergewonnen werden. Im Teil Zwei der Causa Silberstein wurde auch die ÖVP beschädigt. Beide Parteien verloren Stimmen Richtung Unentschlossene, konnten diese aber in der Schlussmobilisierung doch wiedergewinnen.

Leidige Causa Silberstein

Insgesamt ist der Effekt Causa Silberstein schwer einzuschätzen. Die Rohdaten der Sonntagsfragen in den Umfragen zeigen vor allem eine Verschiebung zwischen Parteipräferenz und Unentschlossenen. Möglicherweise konnte Peter Pilz im allgemeinen Eindruck der letzten Wahlkampfwochen, die Politik sei schlussendlich doch nur ein schmutziges und korruptes Geschäft, als Anti-

Korruptions-Kämpfer der ersten Stunde hier noch die entscheidenden Stimmen zwischen seiner Liste und den Grünen bewegen. Dass der Wahlkampf mit den Themen Wahlkampfführung und Negativ-Campaigning die Wahlbeteiligung nicht gedrückt hat, ist in der Tat etwas überraschend und unterstreicht, wie relevant die Menschen diese Wahl erlebt haben.

Grüne im Unglück

Das desaströse Ergebnis der Grünen schließlich ist nur mit einer Verkettung von unglücklichen Umständen, eigenen Fehlern und mit dem erfolgreichen, aber die Grünen als Partei lange lähmenden Bundespräsidentenwahlkampf, zu erklären. Zwischen Kern als Gegengewicht zu Kurz und Strache und dem abtrünnigen Peter Pilz wurden die Grünen letztlich zerrieben. Vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen rund um Peter Pilz ist diese Niederlage besonders bitter und bietet gleichzeitig die erste Erklärung, warum die nächste Wahl wieder große Stimmenverschiebungen bringen wird.

SPARKASSE 
Oberösterreich
Was zählt, sind die Menschen.

IMPULSGEBER.
FÜR UNS ZÄHLEN DIE REGION UND DIE
MENSCHEN, DIE HIER IHRE ZUKUNFT GESTALTEN.

Maximilian Pointner
Vorstandsdirektor

Herbert Walzhofer
Vorstandsdirektor

Dr. Michael Rockenschaub
Generaldirektor

„Wir werden eine starke Opposition sein“

SPÖ-Landesparteivorsitzende Birgit Gerstorfer beantwortet im *Bildungskurier*-Nachwahlinterview Fragen zur Nationalratswahl 2017 und erklärt, wie die SPÖ in der Opposition an Stärke gewinnen und mit klarer sozialdemokratischer Politik neuerlich den Führungsanspruch im Land stellen wird.

Bildungskurier: Die SPÖ hat bei der Nationalratswahl den ersten Platz verloren, obwohl sie den Stimmenanteil gehalten und in Oberösterreich sogar ein kleines Plus erreicht hat. Kannst du uns deine Eindrücke vom Wahlabend schildern?

Birgit Gerstorfer: Ich freue mich über die Ergebnisse aus den Städten wie Linz, Wels und Steyr oder aber auch über das überdurchschnittliche Abschneiden im Salzkammergut. Dennoch war mein weinendes Auge am 15. Oktober größer als das lachende. Wir müssen aus beiden Seiten der Medaille lernen.

Bildungskurier:
Welche Lehren ziehst du?

Birgit Gerstorfer: Die Sozialdemokratie hat in dieser Wahlauseinandersetzung fundiert und konkret ihr Zukunftsmodell für das Land vorgestellt. Ich habe noch den einen oder anderen Zuruf im Ohr, wonach sich niemand für ein 146-Seiten-Programm wie unseren „Plan A für Österreich“ interessieren würde. Wer so denkt, unterschätzt die WählerInnen gewaltig. Es gibt – gerade in Zeiten des weltweiten Populismus – ein intensives Bedürfnis nach ernsthaften, sachpolitischen Debatten. Das habe ich im Wahlkampf sehr positiv überall dort erlebt, wo wir im direkten Gespräch Überzeugungsarbeit geleistet haben. Leider ging es in der Berichterstattung zu diesem Wahlkampf wenig um Inhalte.

Bildungskurier: Woran lag das?

Birgit Gerstorfer: Ohne Zweifel sind wir uns auch selbst im Weg gestanden. Es sind Fehler passiert, daraus gilt es zu lernen und die richtigen Vorkehrungen zu treffen, damit das in Zukunft nicht mehr vorkommen kann. Neben dieser innerorganisatorischen Frage beschäftigt mich aber vor allem die inhaltliche Arbeit. Es geht darum, unsere große Erzählung von einer guten Zukunft für unsere Kinder und Enkelkinder zu vertiefen und zu verbreitern. Und in manchen Bereichen sie auch zu modernisieren. Da haben wir schon in den Diskussionen rund um den „Plan A“ wertvolle Erfahrungen gesammelt auf die wir aufbauen und anschließen können. Wir müssen die Arbeit gemeinsam mit den Mitgliedern verstärken, aber die Sozialdemokratie auch für jene öffnen, die außerhalb der Partei einen Beitrag leisten möchten. Gleichzeitig ist die bereits angegangene Verjüngung unserer Partei ein sehr positives Zeichen. Ich bin stolz, dass gerade wir OberösterreicherInnen mit Eva-Maria Holzleitner, Elisabeth Feichtinger sowie unserem Spitzenkandidaten Alois Stöger bewiesen haben, dass wir ein tolles Team aus Erfahrung, Erneuerung und Exzellenz zusammenstellen können.

Bildungskurier: Wie beurteilst du die Entscheidung in Opposition zu gehen?

Birgit Gerstorfer: Die Rolle, mit Abstand stärkste Oppositionskraft zu sein, ist keine Schande in einer Demokratie. Wir

IM INTERVIEW



Birgit Gerstorfer

ist Soziallandesrätin und Gemeindefereferentin in Oberösterreich sowie Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei in Oberösterreich.

werden ein deutliches Gegengewicht zum Rechtspopulismus bilden und weiterhin für 95 Prozent der Menschen im Land da sein, während die Regierung Politik für die oberen fünf Prozent macht. Eine Schande wäre es allerdings, wenn wir diese Phase nicht auch dafür nützten, uns neu aufzustellen. Aber da habe ich keine Bedenken. Mit Christan Kern als Oppositionsführer und einem starken – sehr weiblich geprägten – Team, werden wir die richtigen Themen ansprechen und in unserer neuen Rolle an Stärke gewinnen.

Bildungskurier: Für manche kam die Entscheidung für die Opposition spät. Teilst du diese Haltung?

Birgit Gerstorfer: Nein, die teile ich nicht. Ich habe Christian Kern dabei unterstützt, genau das zu tun, was wir vor der Wahl vielfach angekündigt haben. Wir haben Sondierungsgespräche auf Basis unseres Kriterienkatalogs geführt. Letztendlich

„Schnittmengen gab es weder mit der neuen, rechtspopulistischen ÖVP noch mit der alten rechtspopulistischen FPÖ.“

geht es bei Koalitionen um inhaltliche Schnittmengen. Die gab es weder mit der neuen, rechtspopulistischen ÖVP noch mit der alten rechtspopulistischen FPÖ.

Bildungskurier:

War das nicht schon im Vorfeld klar?

Birgit Gerstorfer: Dass eine schwarz-blaue Zusammenarbeit wahrscheinlich ist, habe ich auch am Wahlabend schon gesagt. Die ÖVP hat nicht umsonst ihr halbes Programm von der FPÖ abgeschrieben. Dennoch halte ich es für richtig, dass man Sondierungsgespräche geführt hat. Niemand soll behaupten können, es gäbe nur deswegen eine Neuauflage von Schwarz-Blau, weil die SPÖ im Schmollwinkel gestanden ist. Die Zukunft unseres Landes steht über der Parteitaktik. Daher war es richtig, dass die SPÖ ihrer staatspolitischen Verantwortung nachgekommen ist und alle Optionen ernsthaft sondiert hat.

Bildungskurier:

Wie geht es jetzt weiter?

Birgit Gerstorfer: Ich gehe davon aus, dass Schwarz-Blau rasch fixiert wird. Wolfgang Schüssel, der Architekt der ersten schwarz-blauen Koalition ist einer der Lehrmeister von Sebastian Kurz. Die damalige schwarz-blaue Schüssel-Koalition ist nicht nur aufgrund ihrer Korruptionsfälle in Erinnerung, sondern auch für das Motto „Speed kills“. Ich gehe davon aus, dass Sebastian Kurz versuchen wird, in sensiblen Bereichen wie in der Sozial-

politik, rasch Pflöcke einzuschlagen, um den von ihm und der FPÖ gewünschten Sozialabbau durchzuziehen. Wir sind als SPÖ gut beraten, ab dem ersten Moment wachsam zu sein. Es darf keine Schonfrist für Kurz und seine schwarz-blaue Regierung geben.

Bildungskurier:

Entspringt diese Analyse deinen Erfahrungen in Oberösterreich?

Birgit Gerstorfer: In Oberösterreich können wir sehen, wie populistische Politik funktioniert. ÖVP und FPÖ haben kein Interesse, sich mit dem Lösen von realen Problemen aufzuhalten. Stattdessen werden Zusammenhänge so konstruiert, dass man den größten parteitaktischen Nutzen daraus zieht. Momentan lautet die Devise, jedes Thema möglichst rasch mit der Migration in Verbindung zu bringen. Da unterscheiden sich ÖVP und FPÖ in Oberösterreich absolut nicht mehr voneinander. Anstatt sich damit auseinanderzusetzen, warum gerade in

unserem Bundesland viele Jugendliche die Schule abbrechen und auch keine weiterführende Ausbildung anfangen,

„Momentan lautet die Devise, jedes Thema möglichst rasch mit der Migration in Verbindung zu bringen.“

wird von der Deutschpflicht in der Schulpause geredet. Ähnliche Beispiele gibt es zu Hauf. Gerade deswegen poche ich auf die fundierte politische Debatte, in die wir sozialdemokratische Modelle und Lösungsvorschläge einbringen müssen. Wenn wir das schaffen, werden wir in der Opposition an Kraft gewinnen und bei der kommenden Nationalratswahl auch wieder klar den Führungsanspruch im Land stellen.



Oberösterreichs SPÖ-Vorsitzende Birgit Gerstorfer und Bundesparteivorsitzender Christian Kern sind zuversichtlich, dass die Sozialdemokratie in der Opposition inhaltlich und organisatorisch erstarren wird.

Mehr Jobs, aber sinkende Löhne

Manchmal lösen Nachwahlbetrachtungen eine Mischung aus Unverständnis und Schmerz aus. Auch der SPÖ geht es nun so. Erst ein zweiter Blick hilft – nicht gegen den Schmerz, aber zumindest gegen das Unverständnis.

BERND DOBESBERGER

Laut der Analyse des Meinungsforschungsinstituts SORA haben bei den Wahlen am 15. Oktober nur 19 Prozent der Arbeiter und Arbeiterinnen die SPÖ gewählt. Das ist nur ein etwas größerer Stimmenanteil als jener der ÖVP, die in dieser Wählergruppe 15 Prozent erhielt. Die Freiheitlichen dagegen bekamen 59 Prozent der Arbeiter- und Arbeiterinnenstimmen. Für die Sozialdemokratie ein schmerzhaftes Ergebnis. Und von vielen – insbesondere in der Partei – mit Unverständnis aufgenommen. In Österreich gab es vergleichbar geringe neoliberal motivierte Einschnitte in den Sozialstaat, im heurigen Jahr ging auch die Arbeitslosigkeit wieder merkbar zurück und im Vorjahr ist eine Steuerreform in Kraft getreten, die auch viele Arbeiter und Arbeiterinnen entlastete. Diese Politik hat die Sozialdemokratie verantwor-

tet und trotzdem sagt SORA, dass fast 60 Prozent der Arbeiter und Arbeiterinnen die FPÖ gewählt haben. Wenn diese Zahlen stimmen, dann müssen die Arbeiter anscheinend undankbar und dumm sein. Oder es gibt doch nachvollziehbare Gründe für ihr Wahlverhalten.

„Es gibt schon nachvollziehbare Gründe für das Wahlverhalten!“

Löhne sinken

Um die Irritation noch größer zu machen soll zuerst ein ganz konkretes Wahlergebnis betrachtet werden: In der Stadt Kapfenberg bekam die SPÖ bei den Nationalratswahlen 2008 fast 50 Prozent der gültigen Stimmen (gegenüber der Wahl 2006 bedeutete das ein Minus von 13 Prozent), bei den Wahlen 2013 waren es nur noch knapp über 40 Prozent und diesen Oktober dann 37 Prozent. An der Arbeitslosigkeit kann es nicht liegen. Die Arbeitslosigkeit im AMS-Bezirk Bruck an der Mur, zu dem Kapfenberg gehört, lagen im Oktober 2017 bei 6,3 Prozent. Die Zahl der Jobsuchenden ist bei den Männern gegenüber dem Wert von Oktober 2016 um fast 16 Prozent und bei den Frauen um 23 Prozent zurückgegangen.

Zu dem erfreulichen Trend kommt noch dazu, dass die voestalpine knapp drei Wochen vor den Nationalratswahlen bekanntgab, dass in Kapfenberg ein völlig neues Stahlwerk gebaut werden wird. Damit werden die bestehenden etwa 3.000 Industriearbeitsplätze der voestalpine in Kapfenberg langfristig abgesichert. Klassische Hebel der Sozialdemokratie zur Unterstützung von Ar-

DER AUTOR:

Bernd Dobesberger ist Landesbildungsvorsitzender der SPÖ OÖ.



beitern und Arbeiterinnen – Kampf der Arbeitslosigkeit, Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, insbesondere von gutbezahlten Jobs in der Industrie – reichen den WählerInnen offensichtlich nicht mehr.

Ein ungerechtes Land?

Auch wenn die Arbeitslosigkeit sinkt, bleibt die Tatsache, dass viele Arbeiter und auch viele Angestellte seit fast einem Vierteljahrhundert mit sinkenden Realeinkommen leben müssen. Außerdem werden viele Arbeitsverhältnisse fragiler und unstabiler. Es ist daher kein Zufall, dass insbesondere jene Österreicher und Österreicherinnen, die mit Sorge in die Zukunft sehen bzw. jene Wähler und Wählerinnen, die Österreich als eher ungerechtes Land ansehen, die Freiheitlichen gewählt haben. Und eben nicht die Regierungspartei SPÖ. Will die Sozialdemokratie die Arbeiter und Arbeiterinnen zurückgewinnen, dann muss sie sich um deren Sorgen und um deren Interessen annehmen. Um ein mehrheitsfähiges Wählerbündnis bilden zu können, ist diese Gruppe notwendig. Dass ein breites Spektrum von Menschen ansprechbar ist, zeigte die Sozialdemokratie auch bei dieser Wahl. Die besten Ergebnisse erzielte die SPÖ bei den Uniabsolventen und bei der Gruppe jener, die nur einen Pflichtschulabschluss aufweisen.



Viele Arbeiter haben den Draht zur SPÖ verloren.

Soziales Europa ist nicht Schnee von gestern

Die Sozialdemokratie hat das westliche Europa mehr geprägt als jede andere politische Bewegung. Vom Ruhm der alten Tage ist nicht viel geblieben. Trotzdem müssen wir die Sozialdemokratie nicht neu erfinden. „Back to Basics“ lautet die Devise.

JOSEF WEIDENHOLZER

Nicht einmal die Hälfte der europäischen Mitgliedstaaten wird derzeit von sozialdemokratischen Parteien (mit)regiert. Die Errungenschaften der Vergangenheit sind längst zu Selbstverständlichkeiten geworden. Viele Europäer wissen nicht, wofür die Sozialdemokratie heute steht. Historisch waren die sozialdemokratischen Parteien immer an vorderster Front wenn es darum ging, die Evolution von Wirtschaft und Gesellschaft so zu lenken, dass die Lebensbedingungen der Menschen sich verbessern. Ende des 19. Jahrhunderts gelang das durch die Öffnung der Bildung, während des industriellen Aufschwungs mit dem Kampf für Arbeiterrechte und Mindestlöhne. Die Ära von Bruno Kreisky, Willy Brandt und Olof Palme zeigte, dass die Sozialdemokratie nicht nur Ideale hochhalten kann, sondern diese ins praktische Leben transferierte.

Schwarz-Blau in Brüssel

Solidarität war immer ein zentraler Wert der Sozialdemokratie und muss weiterhin ein Grundwert in Europa bleiben. Das bedeutet, dass wir nicht mehr wegschauen dürfen, wenn ein Arbeiter in Osteuropa weniger als die Hälfte verdient als ein Arbeiter in Westeuropa. Genauso wenig wird das Leugnen der Realität die Flüchtlingsproblematik lösen. Diese europäischen Probleme dürfen nicht für politisches Kleingeld hierzulande missbraucht werden. Wenn wir in den nächsten Monaten unentwegt hören werden, dass sich Leistung lohne, Bürokratie abgebaut werden und der Einfluss des Staates zurückgedrängt wer-

den müsse, dann ist das ein anderes politisches Verständnis – neoliberal wenn es um die Wirtschaft geht und illiberal bei den Grund- und Menschenrechten. Aber Kurz und seine Koalitionspartner werden bald merken, dass sie ohne Europa nicht weiterkommen und ein Einvernehmen suchen müssen.

Wächter der Grundrechte

Eine soziale Europapolitik ist notwendiger denn je, klappt doch die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander und bringt auch die Mittelschicht in Bedrängnis. Nie war es dringender, die multinationalen Konzerne in die Schranken zu weisen, die besonders in den neuen EU-Mitgliedstaaten an den Lohnkosten drehen. Europa soll mit hochwertigen Arbeitsplätzen punkten, nicht mit prekären Arbeitsbedingungen. Die Sozialdemokratie muss weiter der moralische Wächter beim Ausbau der europäischen Handelsbeziehungen sein und arbeitsrechtliche, kollektivvertragliche, konsumentenschutz- und daten-

DER AUTOR

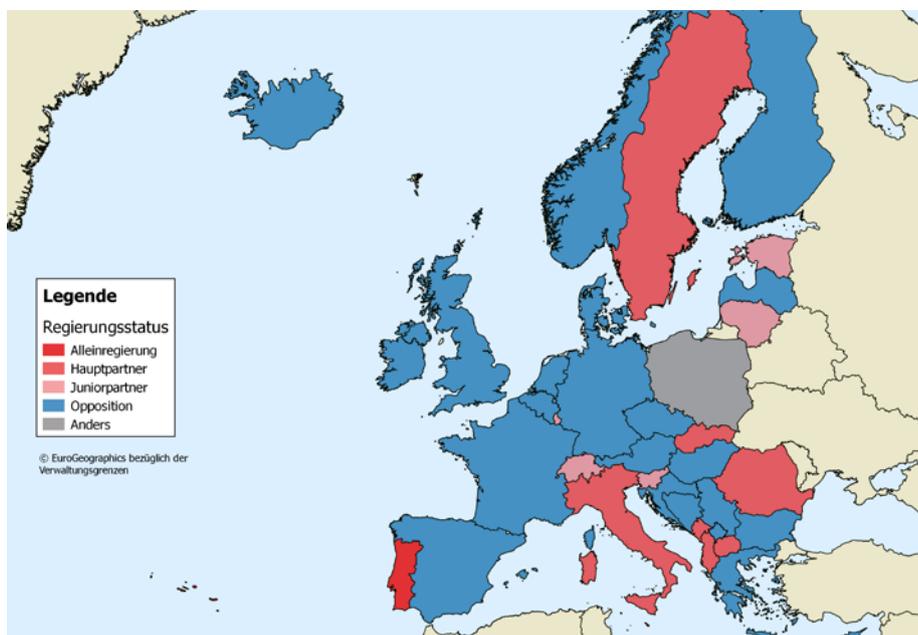
Josef Weidenholzer ist EU-Abgeordneter und Vizepräsident der europäischen S&D-Fraktion.



schutzrechtliche Bestimmungen durchsetzen. Ansatzweise war im Wahlkampf zu spüren, worin die Stärke einer inhaltlich ausgerichteten, lösungsorientierten

„Im Europaparlament werden wir die sozialdemokratischen Werte hochhalten.“

Sozialdemokratie liegen könnte. Im Europaparlament haben wir unverändert eine laute Stimme und werden die sozialdemokratischen Ideale hochhalten!



In nicht einmal der Hälfte der europäischen Mitgliedsstaaten sind derzeit sozialdemokratische Parteien in der Regierung.

Hetzer stoppen! Aber wie?

Hetzer und Demagogen sind omnipräsent.

Wir begegnen ihnen bei TV-Auftritten und auch am Arbeitsplatz und im Privaten.

Sie stoßen uns mit ihren verletzenden und menschenverachtenden Aussagen vor den Kopf.

MICHAEL NIEDERMAIR

Wie können wir dem demagogischen Klima, das sich ausgebreitet hat, wirksam entgegentreten? Zullererst gilt es, die Mechanismen demagogischer Propaganda zu entlarven und zu verstehen. Demagogen geben sich volksnah, nützen die Emotionen der Bevölkerung aber für die eigenen Zwecke, indem sie vor allem negative Gefühle fördern und erzeugen. Sie schüren Verunsicherung, Angst, Neid, Wut und sogar Hass. Es geht ihnen nicht um Wahrheit, sondern um Wirkung.

Vorurteile und Feindbilder sind die Basis ihrer politischen „Frames“ (Rahmen), indem sie politische Themen in einen bestimmten Deutungsrahmen einbetten und umwerten – zu Lasten ihrer Gegner und Betroffener – häufig Minderheiten und Randgruppen. So werden Kriegsflüchtlinge zu „Scheinasylanten“, Mindestsicherungsbezieher zu „Parasiten“ in der „sozialen Hängematte“ usw.

Immer das gleiche Muster

Das demagogische Weltbild ist einfach und kommt jenen entgegen, die sich sozial abgehängt fühlen und einen Schuldigen suchen. Statt Differenzierung gibt es immer eine klare Front zwischen

dem guten „WIR“ und den bösen „ANDEREN“, z.B. „wir Österreicher“ gegen „die Moslems“, „unsere Bewegung“ versus „die Altparteien“.

Für eine wirksame Kommunikationsstrategie im Alltag ist eine Differenzierung zwischen überwiegend partnerschaftlich-konstruktiven Gesprächen und demagogischen Angriffen unumgänglich. In ersten geht es darum, wie mit GesprächspartnerInnen echter Meinungsaustausch möglich und sinnvoll ist - nach dem Motto: nicht jeder, der mich mit solchen Themen konfrontiert, ist gleich ein Rechtsextremer. Hier geht es um die Enttarnung von Vorurteilen durch genaues Hinhören und gezieltes Hinterfragen: „Wie kommst du darauf? Was sind deine Befürchtungen? Bist du persönlich betroffen? Worum geht es dir?“ So können die Menschen mit ihren Gefühlen wertschätzend und verständnisvoll ernstgenommen werden. Oft ist es viel zielführender, jemanden erst einmal von sich als Person zu überzeugen, denn das ist die Grundlage, um beim anderen Reflexionsbereitschaft und Offenheit für neue Sichtweisen zu fördern. Versuche, jemandem politische Ansichten aufzudrängen, oder gar Zurechtweisungen bewirken das Gegenteil.

Demagogen entzaubern

Ganz anders gestaltet sich der Umgang mit (Alltags-) Demagogen, die im Sinne von „Du bist NICHT o.k. – nur ICH bin o.k.“ angreifen, zum Beispiel, indem sie Diskutanten – häufig vor anderen – lächerlich machen. Oder sie geben (wiederholt) derart menschenverachtende Dinge von sich, dass man weiß: überzeugen kann ich ihn/sie nicht, aber möglicherweise einige von denen, die gerade zuhören.

Hier gilt es, den demagogischen Angriff in einem ersten Schritt zu stoppen, um den „Frame“ des Gesprächs neu zu

DER AUTOR:

Michael Niedermair ist Berater, Coach und Trainer. Gemeinsam mit Willi Mernyi hat er das Buch „Demagogen entzaubern“ und das Hörbuch „Hetzer stoppen!“ veröffentlicht.



definieren. Dabei können metasprachliche Techniken genutzt werden wie zum Beispiel das Verallgemeinern des Angreifers und seiner Inhalte, das Darlegen seiner negativen Motive und der Opfer/Retter-Muster, Übertreibungen bis ins Absurde etc. Erst danach folgen inhaltliche Argumente, mit dem Ziel, nicht den Kontrahenten, sondern die ZuhörerInnen für sich zu gewinnen.



Es ist höchste Zeit, den Demagogen und Hetzern unter uns entgegentreten.

TIPP:

Mehr zum Thema im Hörbuch „Hetzer stoppen! – Propaganda entlarven. Vorurteile entkräften“ – www.hetzerstoppen.at



Die Kraft positiver Veränderung

Nach der Nationalratswahl ist nun klar, dass es so wie in Oberösterreich auch auf Bundesebene eine schwarz-blaue Regierung geben wird. Die Politik, die dahinter steht, wird bereits Schritt für Schritt sichtbar.

GEORG HUBMANN

Die beiden Parteien haben sich schon im Wahlkampf inhaltlich und sprachlich sehr stark angenähert. Ein zentrales Schlagwort war dabei „Veränderung“. Das rhetorische Transportmittel für die gemeinsame Botschaft ist das Gegeneinanderausspielen von verschiedenen Gruppen in der Gesellschaft nach dem Prinzip „Wir“ und die „Anderen.“

Das, was in Oberösterreich unter der Devise der Schuldenbremse beschlossen wurde, wird auch auf Bundesebene auf uns zukommen. Beispiele dafür sind die Gebühren für die Nachmittagsbetreuung im Kindergarten, Gebühren für die Fachhochschulen oder die Kürzung von Betreuungsplätzen für Menschen mit Beeinträchtigung. Betroffene sind vor allem Alleinerziehende, Familien mit geringem Einkommen, Kinder die durch eine ganztägige Betreuung bessere Bildungschancen haben würden oder nicht studieren können, aber auch Kindergärtnerinnen die Gefahr laufen, ihren Job zu verlieren, wenn die Anmeldezahlen aufgrund der Gebühr sinken. Kurz: Sozial schlechter gestellte Gruppen verlieren Gestaltungsspielräume für ihr Leben, sie müssen vieles anders oder neu organisieren.

Wir und die Anderen

Als „Wir“ werden hier alle angesprochen, denen ein ausgeglichenes Budget wichtig ist. Dabei wird auf dem Dogma aufgebaut, dass ein Staat wie ein normaler Haushalt zu betrachten sei, der unter Schulden leidet. Dieses Bild ist tief verankert und für viele gut nachvollziehbar, gerade dann wenn sie nicht direkt betroffen sind. Die „Anderen“ sind hier verschiedene kleinere Gruppen, deren Zukunftschancen durch die Verteuerung oder Einschränkung von öffentlichen Leistungen deutlich sinken.

Als Sozialdemokratie müssen wir hier dagegenhalten. Gerade weil klar ist, dass nicht alle die türkis oder blau gewählt haben deren Politik unterstützen. Denn das Land ist nicht so rechts wie viele jetzt glauben. Das ist unsere Chance. Um sie zu nutzen braucht es ein klares Bild der positiven Veränderung, die sich an Zusammenhalt, Empathie und Gemeinschaft orientiert. Diese Form

„Jetzt braucht es eine breite Bewegung der Betroffenen.“

der Veränderung ermöglicht tatsächlich ein besseres Leben für die Menschen. Es ist notwendig, jetzt eine breite Bewe-

DER AUTOR:

Georg Hubmann ist Sozialwissenschaftler und Leiter des Marie Jahoda-Otto Bauer Instituts. www.jbi.or.at



gung der Betroffenen zu organisieren, die bevorstehenden Debatten über die Zukunft unserer Gesellschaft zu gewinnen und bei den nächsten Wahlen WählerInnen zurückzuholen.

Es geht also darum, die Sozialdemokratie als Kraft positiver Veränderung zu positionieren, die Unterschiede klar herauszuarbeiten und offensiv in den Dialog zu treten. Mit der SPÖ gibt es kein Auseinanderdividieren der Gesellschaft!



Die Sozialdemokratie muss der Politik des Gegeneinanderausspielens ein klares Bild positiver Veränderung entgegenhalten.

„Für Menschen, die keine Lobby haben“

Elisabeth Feichtinger, 30, zieht für die SPÖ neu in den Nationalrat ein. Der Bildungskurier hat die junge Bürgermeisterin kurz vor der konstituierenden Sitzung im Hohen Haus interviewt.

Bildungskurier: Mit welchen Zielen und Vorstellungen gehst du in den Nationalrat?

Elisabeth Feichtinger: Also Vorstellungen habe ich keine konkreten, ich bin ja neu im Nationalrat und freue mich erst einmal auf das, was kommt. Ziele hingegen habe ich natürlich (lacht).

Bildungskurier: Welche sind das?

Elisabeth Feichtinger: Ich werde mich vor allem für die einsetzen, die keine starke Lobby haben in der Politik – kleine Landwirte und Wirtschaftstreibende, ältere Menschen, junge Familien, Frauen, Kinder und Jugendliche. Für diese Leute im Nationalrat eine Stimme zu sein, das ist mein Ziel.

Bildungskurier: Bei welchen Themen wirst du Schwerpunkte setzen in deiner parlamentarischen Arbeit?

Elisabeth Feichtinger: Dass ich mich als Sozialdemokratin für soziale Themen stark mache, versteht sich von selbst. Dass ich als Frau für die Rechte und Möglichkeiten von Frauen kämpfe, auch. Darüber hinaus will ich mein Hauptaugenmerk auf drei Bereiche legen: Bildung, Gesundheit und ländlicher Raum. Ich lebe ja im Salzkammergut und habe hier meine Wurzeln. Für diese Region, für das Land Oberösterreich werde ich mich stark machen in Wien.

Bildungskurier:

Wie kann man sich das vorstellen?

Elisabeth Feichtinger: Wir leben in einer wunderschönen Landschaft, aber strukturell gibt es noch einiges zu tun, egal ob das die Gesundheitsversorgung, der öffentliche Verkehr, das Bildungsangebot, die Kinderbetreuung, das Klima für Kleinunternehmen oder generell die Arbeitsplatzsituation in den Gemeinden ist. Wichtig dabei ist: Man darf diese Bereiche nicht einzeln betrachten. Es hängt alles mit allem zusammen. Das sind die Lebensgrundlagen für die Menschen und die will ich verbessern.

Bildungskurier: Wo setzt du da an?

Elisabeth Feichtinger: Eines ist mir besonders wichtig. Es geht nicht darum, sich zu profilieren, einzelne Bereiche oder Gruppen gegeneinander auszuspielen, oder das Land gegen die Stadt zu positionieren. Ich will im Nationalrat Brücken schlagen, das Verständnis füreinander stärken. In Altmünster ist mir das ganz gut gelungen. „Beim Reden kommen die Leute zusammen“ heißt es, das gilt auch für das Parlament, davon bin ich überzeugt.

„Gerade als
Bürgermeisterin weiß
ich ja, was die Menschen
bewegt.“

Bildungskurier: Du bist und bleibst ja auch Bürgermeisterin von Altmünster. Wie lässt sich diese Aufgabe mit der Arbeit im Nationalrat verbinden?



Elisabeth Feichtinger

ist seit 2015 hauptberuflich Bürgermeisterin von Altmünster und seit wenigen Tagen SP-Nationalratsabgeordnete. Davor war Feichtinger als Integrationslehrerin an der neuen Mittelschule in St. Georgen im Attergau tätig.

Elisabeth Feichtinger: Sehr gut auf Grund der vielen Synergien. Vor allem habe ich einen tollen Ehemann an meiner Seite, ein wunderbares Team um mich und die Gewissheit in mir, dass man alles schaffen kann, wenn man es mit Leidenschaft anpackt.

Gerade als Bürgermeisterin weiß ich, was die Menschen bewegt. Diese Nähe und Unmittelbarkeit ist eine wichtige Grundlage für meine Arbeit im Nationalrat.

Gesundheitszentren sichern Hausarzt

Österreichs Gesundheitsversorgung ist – im internationalen Vergleich – sehr gut. Handlungsbedarf gibt es aber auch bei uns: lange Wartezeiten, Nachbesetzungsorgen bei Ärzten, zu viele Spitalsaufenthalte.

HARALD SCHMADLBAUER

Ein Lösungsansatz, der viele Probleme im Gesundheitsbereich anspricht, ist „primary health care“. Darunter versteht man Gesundheitszentren, bestehend aus mehreren Ärzten, verstärkt um ein Team aus anderen Gesundheitsberufen.

Von den bestehenden 1.100 Vertragsarztstellen der oberösterreichischen Gebietskrankenkasse sind derzeit 99 Prozent besetzt. Österreich liegt bei der Zahl der praktizierenden Ärzte je Einwohner und bei der Ausbildung weltweit an der Spitze. Von einem „Ärztemangel“ kann demnach nicht die Rede sein. Dennoch wird es schwieriger, junge Ärzte für den Hausarztberuf zu gewinnen; nicht nur am Land.

Zusammenarbeit ist angesagt

Die Ursachen sind vielfältig. Viele Jungärzte wollen nicht mehr als Einzelkämpfer arbeiten, sondern sind es gewohnt in Teams zu agieren – im Zusammenspiel mit anderen Gesundheitsberufen wie Psychologen, Therapeutinnen oder Pflege. Auch planbare Arbeitszeiten und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie kommen hier ins Spiel. Der Schritt von der Spitals-Anstellung in die Selbstständigkeit mit dem damit verbundenen Risiko und der administrative Aufwand spielen ebenso eine Rolle.

Primärversorgungszentren, wo mehrere Ärzte und Gesundheitsberufe unter einem Dach zusammenarbeiten, sind keine neue Erfindung. Sie werden in vielen europäischen Ländern sehr erfolgreich eingesetzt und bieten den Patienten eine echte Versorgung aus einem Guss, mit weitaus längeren Öffnungszeiten als man es vom bekannten Hausarzt gewöhnt ist (an Wochentagen etwa täglich von 7 bis 19 Uhr). Anstelle einer Überweisung zum Therapeuten bekommt man hier gleich einen Termin, Therapeut und Arzt stimmen sich untereinander auch ab. Eine Hebamme steht Jungeltern bei

allen Fragen zur Seite, SozialarbeiterInnen kümmern sich beispielsweise um die Organisation von Pflegeleistungen. Diese Gesundheitszentren sollen nicht nur für Patienten eine niedrigschwellige Anlaufstelle für alle Gesundheitsfragen bieten. Sie sollen auch aktiv in der kommunalen Umgebung wirken, etwa Gesundheitsförderung in Schulen und Betrieben anbieten. Soziale Medizin im besten Sinn also.

„Die große Herausforderung ist es, bestehende Vertragsärzte zu finden, die sich mit anderen Ärzten zu solchen Zentren zusammenschließen.“

Bessere Arbeitsbedingungen

Für Ärzte, vor allem für junge Ärzte, bieten diese Gesundheitszentren attraktive Arbeitsbedingungen. Ärzte können weitaus effektiver arbeiten, wenn sie von Kollegen aus anderen Professionen unterstützt werden. Darüber hinaus sind für Gesundheitszentren auch sogenannte PHC-Manager vorgesehen, die sich um alle organisatorischen und kaufmännischen Fragen kümmern.

In Österreich wurde mit der Gesundheitsreform 2012 zwischen Bund, Ländern und Sozialversicherung die Einführung solcher Strukturen vereinbart. Oberösterreich ist in mehrfacher Hinsicht Vorreiter. Wesentliche Vorarbeiten auf Bundesebene wurden von der oberösterreichischen Gebietskrankenkasse geleistet. Und es gibt auch die meisten konkreten Projekte. Zwei Standorte (Enns, Marchtrenk) sind bereits sehr erfolgreich und vielbeachtet in Betrieb. Haslach wird am 1.1.2018 in Betrieb gehen. Da Gesundheitszentren auch Leistungen anbieten, die nicht in die Zustän-

DER AUTOR:

Harald Schmadlbauer
ist Leiter
Direktionsbüro
und Kommunikation
der OÖ GKK.



digkeit der Krankenversicherung fallen – etwa „Sozialarbeit – und weil sie auch krankenhausentlastend wirken, ist eine Mitfinanzierung dieser Komponenten durch das Land vereinbart.

Für die Zukunft sind auch Netzwerke über mehrere Standorte geplant. Selbstverständlich sollen diese Zentren die Versorgung durch das bekannte Hausarztmodell nicht ablösen. An Standorten, wo es sinnvoll ist, sollen sie aber die bekannte hausärztliche Versorgung verstärken und abrunden.



Gesundheitszentren sichern die ärztliche Versorgung.

Sozialistische Jugend

Komm zur Widerstandswerkstatt!

Das Ergebnis der Nationalratswahlen vom 15. Oktober zeigt, dass wir mit einem massiven Rechtsruck in Österreich konfrontiert sind. 60% stimmten für Parteien, die mit rassistischer Politik von ihrem eigentlichen Ziel ablenken. Ihr Ziel ist es, Österreich massiv umzubauen, den Sozialstaat gegen die Wand fahren zu lassen, lang erkämpfte Rechte von ArbeiterInnen zu beschneiden und dafür Konzernen und Reichen Steuergeschenke in Millionenhöhe zu machen. Warum es so weit kommen konnte, was eine schwarz-blaue Regierung für unsere Gesellschaft bedeutet und wie wir uns dagegen wehren



können, diskutieren wir auf der Widerstandswerkstatt von 07. bis 10. Dezember in Velden am Wörthersee. Mit über 350 jungen AktivistInnen wollen wir Strategien gegen Schwarz-Blau und den drohenden Sozialraub finden und uns vernetzen, um den Widerstand zu organisieren. Neben 15 spannenden Workshops hast du die Möglichkeit bei Diskussionen, Vorträgen und Parties hunderte andere AktivistInnen kennenzulernen und dich zu vernetzen. Infos und Anmeldung unter: sjoe.at/biwe17 oder bei uns im Landessekretariat der SJ ÖÖ

Junge Generation Oberösterreich

Leistbare Mobilität ist nach wie vor ein brandaktuelles Thema

Die Junge Generation in der SPÖ Oberösterreich nimmt die exorbitant hohen Kosten für den Erwerb des Führerscheins unter die Lupe. Gerade für junge Leute stellen die Ausgaben dafür oft eine starke finanzielle Belastung dar. Aber auch im Bereich der öffentlichen Verkehrsmittel gibt es noch viel zu tun, um diese noch attraktiver zu gestalten. „Die Führerscheinpreise werden immer höher. Zusätzlich zu den Kursgebühren fallen noch sogenannte versteckte Kosten an - zB Behördengebühren, Erste Hilfe Kurs oder für das verpflichtende Fahrsicherheitstraining für Führerscheinneulinge. Diese befinden sich meist noch in Ausbildung und haben begrenzte finanzielle Möglichkeiten. Oftmals brauchen sie aber den Führerschein, um zur Arbeit oder Ausbildungsplatz zu kommen.“, so Eva-Maria Holzleitner, Landesvorsitzende der JG und



seit kurzer Zeit auch Nationalrätin. Einerseits ist es sinnvoll, den Theorie Teil der Führerscheinausbildung in den Schulen anzubieten. Dies würde eine enorme Entlastung bei den Kosten bringen. Andererseits können wir uns auch eine Förderung beim verpflichtenden Fahrsicherheitstraining vorstellen. Wir wollen den Führerschein als Kostenfalle für junge Menschen entschärfen. Gleichzeitig ist uns aber auch bewusst, dass der Ausbau der Öffis - als Alternative zum Auto - weiter vorangetrieben gehört. Ebenso die Einführung des österreichweiten Jugendtickets zur Nutzung von Zug, U-Bahn, Bus und Straßenbahn für alle unter 26 Jahren.

SPÖ Bildung Klausur

Aktivitäten und Schwerpunkte

Die jährliche Herbstklausur des Landesbildungsausschusses fand dieses Mal im Bildungshaus der Arbeiterkammer OÖ, dem Jägermayrhof, statt. Die oberösterreichischen BildungsfunktionärInnen machten sich darüber Gedanken, welchen Schwerpunkt die Frühlingswerkstatt im April 2018 haben soll, welche Schlüsse man aus den Orstparteigesprächen ziehen kann und wie darauf basierend die strategische Arbeit vor Ort ausschauen sollte, an welche Gedenktage im Jahr 2018 die Bildungsorganisation erinnern möchte und wie Politik künftig besser und verständlicher vermittelt werden kann. Nicht alle Themen konnten gründlich bearbeitet werden. Fest steht der Schwerpunkt der Frühlingswerkstatt (13. bis 15. April 2018). Es wird um die gesellschaftlichen Veränderungen und die Rolle der SPÖ dabei gehen. Der 200. Geburtstag von Karl Marx, die Macht-



Engagierte Mitglieder des Landesbildungsausschusses trafen sich zur Arbeitsplanung für das kommende Jahr.

übernahme der Nazis am 12. März 1938 und der Gründungstag der 1. Republik werden Anlässe für das Erinnern darstellen. „Die Bildungsarbeit in unserer Organisation wird angesichts der neuen politischen Konstellationen immer wichtiger,“ resümiert Landesbildungsvorsitzender Bernd Dobesberger. „Unsere Methoden und Denkansätze müssen zeitgemäß und gleichzeitig nachvollziehbar entlang unserer Werte verortet sein.“

Sabine Promberger wieder Landesfrauenchefin

Endlich Abschied vom Unterschied!

Weil ein Abschied vom Unterschied auch den Abschied von Lohnunterschieden bedeuten muss, war ‚fair p(l)ay‘ zentraler inhaltlicher Schwerpunkt der Landeskonferenz der SPÖ Frauen OÖ im November in Alkoven. LAbg. Sabine Promberger wurde wieder zur Vorsitzenden gewählt. Gemeinsam Anlauf nehmen für einen Abschied vom Unterschied – unter diesem Motto schworen sich die SPÖ Frauen OÖ bei der Landesfrauenkonferenz auf einen gemeinsamen Kampf gegen eine Umverteilung von unten nach oben, gegen soziale Einschnitte, gegen Ungleichbehandlung, gegen Diskriminierung und Sexismus ein. „Nur wenn wir uns fragen: Was ist Arbeit wert, und wie hoch ist



Im Bild von l.n.r.: Gabriele Heinisch-Hosek, Birgit Gerstorfer, Muna Duzdar, Edeltraud Ranftl und Sabine Promberger

Jahoda-Otto Bauer Institut

Maria liest Marie

Die eben erstmals veröffentlichte Dissertation von Marie Jahoda aus 1932 liefert einen Einblick in das Leben der arbeitenden Klassen zwischen 1850 und 1930. Die Lebensgeschichten der interviewten Personen zeigen Brüche und Prekaritäten im alltäglichen Leben einer Zeit wo Sozialstaat und Gleichberechtigung noch weit entfernt schienen.

Die Schauspielerin Maria Hofstätter las im Rahmen einer Buchpräsentation im Central aus den Lebensgeschichten, die Marie Jahoda im Rahmen ihrer Arbeit aufgenommen hatte. Die Debatte über aktuelle Bezüge und den historischen Kontext mit Dagmar Andree, Ernst Langthaler, Meinrad Ziegler und Maria



Hofstätter brachte Antworten auf viele brennende Fragen der Gegenwart. Das Buch MARIE JAHODA - Lebensgeschichtliche Protokolle der arbeitenden Klassen 1850–1930 ist im Studienverlag erschienen und im Buchhandel erhältlich. Mehr dazu unter: www.mariejahoda.at

Renner Institut OÖ/Wirtschaftsverband/ Jahoda-Bauer-Institut/ Allianz für gerechten Handel

Wir fordern zivilisierte Märkte!

Auch im Jahr 2017 präsentierte sich das Renner Institut wieder mit einem Stand bei der wearfair, der Messe für nachhaltigen Lebensstil in der Tabakfabrik. Über 200 AusstellerInnen aus dem In- und Ausland zeigten Anfang Oktober die Vielfalt und Alltagstauglichkeit von alternativen Lebensweisen und -stilen. Da schien es nur sinnvoll, die über 15.000 BesucherInnen der wearfair auch über die (demokratie)politischen Konsequenzen des weltweiten Handels zu informieren.

Die Allianz für gerechten Handel und das Jahoda-Bauer-Institut stellten gemeinsam mit dem Wirtschaftsverband Materialien zur Verfügung, die die Forderung nach gerechten weltweiten Handelsbeziehungen inhaltlich und praktisch unterfütterten. Das Interesse bei den MessebesucherInnen an theoretischer Auseinandersetzung mit fairem Handel, Ungerechtigkeit und Ausbeutung konnte durch viele informative Gespräche befriedigt bzw. geweckt werden. SPÖ Vorsitzende



Annemarie Obermüller vom Renner Institut OÖ, Gernot Almesberger von der Allianz für gerechten Handel und Helmut Mitter vom sozialdemokratischen Wirtschaftsverband OÖ bei ihrem Stand auf der wearfair.

Landesrätin Birgit Gerstorfer machte einen Messerundgang und besuchte natürlich auch den Stand des Renner Institutes.

Zum Thema zivilisierte Märkte können beim Renner Institut OÖ (alexandra.kneidinger@spoe.at) kostenlos Referenten abgerufen werden, die Roll-ups zum Thema können ausgeliehen werden und auf der Seiten des Jahoda-Bauer-Institutes (http://jbi.or.at/zivilisierte_maerkte/) und der Allianz für gerechten Handel (<https://stopttip.at/>) kann man sich zum Thema einlesen.

DA BIN ICH ZUHAUSE.

SPARDA **WOHNBAU**



Wir haben einen gemeinsamen Traum:
wir wollen eine Familie gründen
und unsere eigenen 4 Wände haben.

Die SPARDA-BANK hilft uns mit einem
maßgeschneiderten Wohnbaukredit und
einer kompetenten Förderungsberatung,
um unseren Traum zu verwirklichen.

**ALLES AUS
EINER HAND.**

www.sparda.at

SPARDA BANK
EINE MARKE DER VOLKSBANK WIEN

© Machatschek

C
CENTRAL

CENTRAL LINZ
LANDSTRASSE 36
WWW.CENTRALLINZ.AT
05/7726 - 1122

MACHATSCHKEK

DO
25.01.
20:00

KABARETT
KOMM GUT DURCHS JAHR
MIT MACHATSCHKEK
VVK 19 € // AK 22 €
EINLASS 19:30 UHR

oeticket.com

Tips
TALK
EQUIPMENT

© Moritz Schell

C
CENTRAL

CENTRAL LINZ
LANDSTRASSE 36
WWW.CENTRALLINZ.AT
05/7726 - 1122

MAURER & NOVOVESKY

DO
22.03.
20:00

KABARETT
JETZT
VVK 21 € // AK 24 €
EINLASS 19:30 UHR

oeticket.com

Tips
TALK
EQUIPMENT